

CDU Bad Belzig/Wiesenburg zum Erhalt der Kreisverwaltung in der Kreisstadt

Warum engagieren wir uns für den Erhalt der Kreisverwaltung in unserer Kreisstadt?

Die Frage könnte vor dem Hintergrund der aktuellen Wahlergebnisse für Populisten auch lauten: „Warum engagiert man sich für seine Heimat und den ländlichen Raum?“. Das Gefühl der Bürger, in den ländlichen Regionen Brandenburgs abgehängt zu werden, ist auch im Hohen Fläming eine ständig steigende Gefahr für die Demokratie in unserem Land. Dieses Gefühl kann dabei mit mehreren Beispielen untermauert werden. Auch und insbesondere bei der Schließung der Geburtenstation in Bad Belzig haben die handelnden Politiker auf Kreisebene die identitätsstiftende Funktion dieser Station nicht nur für die Kreisstädter selbst, sondern auch für die umliegenden Gemeinden völlig unterschätzt. Mit seiner 25,1-prozentigen Beteiligung am zuständigen Potsdamer Ernst-von-Bergmann-Klinikum wäre der Landrat in der Lage gewesen, sich für unsere Region einzusetzen und glaubhaft für die Geburtenstation zu kämpfen. Stattdessen wurden die Bürger mit arrogant vorgetragenen, verwaltungstechnischen Erklärungen des Geschäftsführers allein gelassen. Mit den zuvor erfolgten Schließungen des Amtsgerichts, des Rentenbüros und dem bereits erfolgten Teilabzug der Kreisverwaltung war dies der nächste Grund für die Bürger unserer Region, an Artikel 44 unserer Landesverfassung zu zweifeln. Hierin wird die Pflicht zum Ausdruck gebracht, „gleichwertige Lebens- und Arbeitsbedingungen [in allen Landesteilen] zu schaffen und zu erhalten.“ Wird die Verfassung jedoch nicht mehr als maßgebliche Grundlage staatlichen Handelns anerkannt, führt dies zu einer gefährlichen Abwendung von den demokratischen Strukturen unseres Staates.

Der Abzug der Kreisverwaltung aus dem gesetzlich bestimmten Sitz des Landkreises Potsdam-Mittelmark würde Menschen unserer Region zurecht an den Grundpfeilern unseres Zusammenlebens weiter zweifeln lassen. Nicht ohne Grund wurde 1993 bei der Kreisgebietsreform vom Brandenburgischen Landtag die Kreisstadt und damit der Sitz der Verwaltung in den ländlichen Raum nach Bad Belzig vergeben. Als Mittelbereichszentrum steht unsere Stadt nicht für sich allein, sondern übernimmt unterstützende Funktionen für die umliegenden Ämter, Städte und Gemeinden Brück, Niemegk, Treuenbrietzen, Wiesenburg, Ziesar. Ohne einen attraktiven Arbeitgeber für hunderte Menschen aus der Umgebung wie die Kreisverwaltung wird der gerade erst einsetzenden Entwicklungsperspektive für die Region Hoher Fläming die Grundlage entzogen.

Aus diesen Gründen ist aus unserer Sicht der fraktions- und ortsübergreifende Kampf für den Erhalt der Kreisverwaltung in der Fläche von besonderer Bedeutung. Es ist dabei den Bürgern nicht zu erklären, warum überall im Landkreis die Beschwerden über übermäßige Bearbeitungszeiten in der Kreis-Bauverwaltung zunehmen, gleichzeitig der Landrat bei einem so wichtigen Thema wie den Abzug von mehreren Hundert Arbeitsplätzen nur wenige Wochen von der Vorstellung seines Planes bis zum endgültigen Beschluss des Kreistages ansetzt. Wir hoffen in diesem Zusammenhang, dass sich auch die beiden weiteren Verwaltungsstandorte Werder und Teltow sich nicht mit billigen Kompensationsangeboten abspeisen lassen, sondern für ihre jeweiligen Städte und Bürger ebenfalls Einfluss auf die Kreistagsmitglieder nehmen werden.

CDU Bad Belzig/Wiesenburg zum Erhalt der Kreisverwaltung in der Kreisstadt

Welche Gründe sprechen für den Kreisverwaltungssitz in Bad Belzig?

Mit Blick auf die große Anzahl können die Gründe für den Verbleib der Kreisverwaltung in 4 Ebenen gruppiert werden.

1. Gesetzliche Ebene

- Das Landtagsgesetz von 1993, in dem es klar und deutlich heißt: „Sitz der Verwaltung des Landkreises ist die Stadt [Bad] Belzig.“

2. Politische Ebene

- Zunächst setzt sich Herr Blasig (zurecht) als Präsident des Landkreistages gegen die Kreisgebietsreform ein, verhindert so die Zentralisierung und Zusammenlegung von Landkreisen, um dann nicht einmal ein Jahr später in Potsdam-Mittelmark eine Zentrale für über 900 Mitarbeitern bauen zu lassen.
- Es kam zu keinerlei Beteiligung der Kommunen bei der Ausarbeitung des „Masterplans“.
- Der Abzug von hunderten Arbeitsplätzen beschränkt massiv die wirtschaftliche Entwicklung.
- Attraktivität des ländlichen Raums als Wohnort leidet unter dem Abzug der Arbeitsplätze
- Im Gegensatz zu anderen soll dieses Vorhaben innerhalb einer ungeheuerlich kurzen Zeit durchgewunken werden.
- Beelitz kann seit Jahren auf ein kontinuierliches Wachstum, große Baupläne für über 3.000 neue Bürger in Beelitz-Heilstätten und seine engagierten Menschen zu Recht stolz sein. Aus diesen Gründen ist die Stadt jedoch auch nicht auf die Ansiedlung von 950 Verwaltungsmitarbeitern angewiesen, sondern kann ihr eigenes Potenzial hochwertig ausschöpfen.

3. Finanzielle Ebene

- Ein Neubau von 100 Mio. Euro heute zu planen, lässt die Kosten letztendlich aufgrund der hohen Auslastung der Baufirmen auf über 140 Mio. anwachsen.
- Der Kaufkraftverlust von über 3 Millionen Euro würde die Bad Belziger Händler massiv gefährden.

4. Konzeptionelle Ebene

- Der „Masterplan“ ist ein politisch motiviertes Gutachten, das so formuliert ist, als ob bereits zu Beginn die Vorgabe feststand, den Standort Beelitz gut darzustellen.
- Es treten massive wissenschaftliche Mängel auf, die das Konzept als Grundlage für politische Entscheidungen ausschließen.

Diese und weitere wichtige Gründe werden den Kreistagsabgeordneten in einem persönlichen Brief vor der Entscheidung am 11. Oktober ausführlich dargelegt.